



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XII/288 - 17. Dezember 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Konferenz der NATO / Eigenbericht (II)	S. 1
Amerikanische Bilanz zum Jahresende	S. 2
Zonenflucht und Notaufnahme	S. 3
Anschlag gegen Wiedergutmachung	S. 6a
Der politische Stil der OSU	S. 7

Kurs auf Gipfelkonferenz

G.M. - Paris

Wenn man die demonstrativ zur Schau getragene Nüchternheit der 15 NATO-Chefs auf den legitimen Wunsch der Westmächte reduziert, so stark und geschlossen wie möglich gegenüber dem Beten in Washington zu treten, bleibt bei allen Gesprächen mit Delegationsmitgliedern doch der Wunsch spürbar, eine neue Gipfelkonferenz mit den Sowjets anzustreben. Dulles hat zwar Montag-Nachmittag den NATO-Partnern die Lieferung von Mittelstreckenraketen angeboten, aber gleichzeitig durchblicken lassen, dass erstens niemand gedrängt werden soll, dass zweitens die Bereitschaft zur Annahme dieser Vernichtungswaffen in zweiseitigen Verhandlungen geklärt werden kann und dass drittens umfangreiche Lieferungen nicht vor zwei bis drei Jahren möglich sind; ausser für England, das bereits 1958 einige Mittelstreckenraketen erhalten wird.

Die Norweger und Dänen haben dies ihre dazu getan, um durch ihre klare Weigerung, Raketen in Empfang zu nehmen oder Abschussbasen auf ihrem Gebiet errichten zu lassen, die rein militärische Problematik der Konferenz infrage zu stellen. Die Haltung der französischen Delegierten ist von der Absicht diktiert, einerseits von den USA die Zusicherung zu erhalten, dass Frankreich in Nordafrika die Priorität behält und dass andererseits die Tür zu neuen Verhandlungen mit Moskau auf höchster Ebene nicht zugeschlagen wird.

Obwohl ebenfalls nicht darüber gesprochen wird, steht doch der Kennan-Plan im Raum, auch die Vorschläge der deutschen Sozialdemokratie zur Schaffung eines atomwaffenfreien Raumes in Mitteleuropa sowie zur Bildung eines europäischen Sicherheitssystems auf der Grundlage eines wieder-vereinten Deutschland sind aktueller als sie jemals waren.

Wenn man hier von einer gemeinsamen Kontaktaufnahme mit den Russen spricht - die Beantwortung der Bulgarinbriefe steht noch aus - so will man ohne Zweifel nicht nur Lösungsmöglichkeiten der rein europäischen Probleme vorbereiten, sondern auch die Ischkat-Probleme erörtern. An dieser Frage ist besonders stark die Türkei interessiert, deren Delegationsmitglieder am Rande der Konferenz bereits mehrere Gespräche mit der amerikanischen Delegation geführt haben.

Zur Vorbereitung einer neuen Gipfelkonferenz mit den Russen werden auch zahlreiche Gespräche über die Möglichkeit geführt, wie der Westen

erreichen könnte, dass Moskau einer "Atom-Plan" zustimmt. Hierbei spielen Überlegungen zu neuen Abrüstungsvorschlägen eine nicht unerhebliche Rolle.

Wollte man den bisherigen Ablauf der Pariser NATO-Konferenz charakterisieren, so müsste man von einer temperierten Bilanz der verwandtschaftlichen Politik der Stärke, die im Grunde genommen nichts eingebracht hat sprechen. Man will die Stärke weiter demonstrieren, aber diese Demonstration erst später in die Tat umsetzen, falls Moskau nicht zu neuen Verhandlungen bereit ist. Dass man in der Zwischenzeit davon spricht, die militärische NATO-Allianz in eine politisch-militärische Gemeinschaft umzuwandeln, gehört gewissermaßen zum guten Ton.

+ + +

In Schatten der Vernichtungswaffen

G.M. - Paris

Adenauers Rede auf der NATO-Konferenz hat Anlass zu zahlreichen Spekulationen gegeben. Abgesehen davon, dass der Bundeskanzler auf die Möglichkeit auch eines militärischen Angriffs aus dem Osten hingewiesen hat, wurde hier besonders der Satz beachtet, in dem er davon sprach, "dass die Streitkräfte unserer Allianz mit modernen Waffen ausgerüstet sein müssen, die sich mit denen unserer Gegner messen können". Im allgemeinen wird diese Passage seiner Rede als eine Grundsatzzustimmung zu den von den Militärs bereits festgelegten Plan zur Einrichtung von Raketenbasen in West- und Südeuropa bewertet.

Im scheinbaren Gegensatz dazu stehen die Äusserungen Adenauers zum Bulgarin-Brief eingeschätzt. Seine Bereitschaft, auf diplomatischem Wege den Gehalt der sowjetischen Vorschläge prüfen zu lassen, hat starke Beachtung gefunden. Man glaubt hier, dass Adenauer bemüht geblieben ist, der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik und dem Druck der Opposition nachzukommen, ohne seine amerikanischen Freunde vor den Kopf zu stoßen.

Auch Henri Spaak betonte die Notwendigkeit einer Bewaffnung der Westmächte, die der der Sowjets gleichwertig sein solle. Allerdings sprach Spaak auch von neuen und kühnen Vorschlägen, die der Westen dem Osten unterbreiten müsse, um die internationale Lage zu entspannen. Schliesslich liess Spaak durchblicken, dass der Westen den ökonomischen schwächeren Völkern helfen müsse.

Alle bisher gehaltenen Reden hatten ganz offenbar das Ziel, der westlichen und östlichen Welt den Eindruck zu vermitteln, dass die NATO stabil ist, dass ihre Mitglieder politisch und militärisch enger als bisher zusammen arbeiten wollen und dass sie in Zukunft nicht nur als defensives Militärbündnis, sondern auch als politisches Ideenzentrum Geltung erhalten soll.

Ob dieser Konferenz dies gelingt, werden die nächsten Tage zeigen. Die Tatsache, dass man in den Eröffnungsreden das rein Militärische etwas zurückdrängte, ist noch kein sicheres Anzeichen dafür. Die Militärs blieben im Hintergrund. Sie kommen im März wieder.

+ + +

Besorgt - aber nicht verzweifelt

(Von unserem Korrespondenten in USA)

Jede Bilanz, sei es eines Geschäftes oder einer Regierung oder einer Privatperson, pflegt mit Aktiva auf der einen und Passiva auf der anderen Seite abzuschliessen. Und glücklich ist, bei dem die Passiva zum Schluss nicht überwiegen. Eine Jahresabschlussbilanz des amerikanischen Volkes und seiner Regierung bildet keine Ausnahme von der Regel: Das Jahr 1957 bot in buntem Gemisch Erfolge und Niederlagen, Fortschritt und Rückschritt, Aktiva und Passiva - ohne dass sich leicht sagen liesse, welches einmalige grosse Ereignis dominierend im Mittelpunkt des Jahres stand. Vielmehr verteilen sich die Dinge, die Geschichte machten, ungefähr gleichmässig auf die drei Gebiete der Aussenpolitik, der Innenpolitik und der Wirtschaft. In Aussenpolitik und Wirtschaft überwiegen im ganzen wohl eher die Passiva, in der Innenpolitik dagegen ist die Bilanz eindeutig positiv.

Erweiterung der Negerrechte

Beginnen wir mit dem Erfreulichen. Das amerikanische Parlament hat in diesem Jahr sein erstes Bürgerrechtsgesetz verabschiedet, das heisst das erste Bundesgesetz, das als Ausdrucks- und Vollzugsbestimmung zur verfassungsmässigen Gleichheit aller Bürger dienen kann. Seine Kernbestimmung ist eine Sicherung des Wahlrechtes der Neger in den Südstaaten, wo man sie bisher überwiegend von den Wählerlisten ferngehalten hatte. Ein erfreulicher Fortschritt auf dem gleichen Gebiet war auch die Weiterführung der "Integrierung" der bisher für weiss und schwarz getrennten Schulen in den Südstaaten: Die Zahl der Staaten und Gemeinden, die der vor drei Jahren vom Obersten Bundesgericht angeordneten Integrierung Folge geleistet haben, ist in Laufe des Jahres 1957 sehr beträchtlich gestiegen - und mehrheitlich ohne Aufregungen und Krisen. Nur in der Stadt Little Rock im Staate Alabama gab es - nicht so sehr wegen des Widerstandes der örtlichen Bevölkerung als wegen der offenen Sabotage durch den Gouverneur des Staates - eine schwere Krise, die zum Einsatz eines kleinen Kontingentes Bundesstruppen durch Präsident Eisenhower führte. Heute ist auch in Little Rock Ruhe eingekehrt, und die umstrittenen neun Negerkinder gehen unangestohten in die bisher rein weisse Mittelschule.

Ende des McCarthyismus

Vielleicht soll man auch auf der positiven Seite der Innenpolitik aufzählen, dass die vor einigen Jahren durch Senator McCarthy aufgepeitschte Volkstimmung sich inzwischen so rastlos beruhigt hat, dass der plötzliche Tod des Senators in diesem Frühjahr kaum mehr einen Unterschied in der Lage herbeiführte. Andererseits aber hat die neuerliche Erkrankung Präsident Eisenhowers kurz vor Jahresende erneut, und diesmal vom ganzen Volke brutal klar erkannt und zugegeben, die Schwäche eines Regierungssystems demonstriert, dessen massgeblicher Chef körperlich nur in reduziertem Umfange Entscheidungen und Verantwortungen zu tragen imstande ist - und es ist symptomatisch, dass seit dem Tage des Schlaganfalls der Vorschlag, Eisenhower solle zurücktreten und Vizepräsident Nixon das Feld einräumen, auch von durchaus Eisenhower-freundlicher Seite nicht verstimmt ist.

Halbe Lähmung des Staatsapparates

Die neuerliche Erkrankung des Präsidenten und die dadurch entstandene halbe Lähmung des Staatsapparates wird von jedermann im Lande wie im Ausland natürlich vor allem stark so dramatisch empfunden, weil sich im Laufe des Jahres 1957 die außenpolitische Lage weiter zugespitzt hat. Wenn auch am Suezkanal Ruhe eingetreten ist, so krennt oder glimmt doch der mittlere Osten weiter, und die "Eisenhower-Doktrin", d.h. das Versprechen amerikanischen Bestandes gegen kommunistische Aggressionen, hat den Wirken dort nicht Linkheit gebracht. Zwar kann Amerika als Erfolg buchen, dass die syrisch-ägyptische Unterwühlung der Regierung von Jordanien misglückt ist und dass die russisch-syrischen Kriegsdrohungen gegen die Türkei diese nicht eingeschreckt haben; aber dafür haben die amerikanischen Waffenlieferungen an Tunesien die Franzosen verdrängt und NATO eine neuen zusätzlichen Belastungsprobe unterworfen - und bisweilen NATO neu gestärkt werden kann, und ob amerikanische Versprechen von Raketenlieferungen und Atombombendepots überhaupt dazu imstande sind, kann erst die Zukunft lehren.

Sputnik-Psychose

Vor allem aber hat der russische Sputnik-Erfolg die außenpolitische Balance der Erde infrage gestellt. Was ursprünglich nur als wissenschaftlicher Beitrag zum Internationalen Geophysikalischen Jahr gedacht war, ist zu einer eindrucksvollen - wenn auch gewiss einseitigen - Demonstration russischer Macht geworden, und von Moskau auch in diesem Sinne politisch ausgewertet worden. In der Tat ist die militärische Weltlage damit entscheidend beeinflusst worden - und bestimmt nicht zum Vorteil der freien Welt. Andererseits aber hat der "Fall Sputnik" doch auch das amerikanische Volk (und etwas verspätet auch seine Regierung) wachgerüttelt, und heute merkt man den Beginn einer neuen Vitalität und Anstrengung im Lande. Wenn Amerika, wie der schlafende Riese des Märchens, jetzt erwacht und sich streckt und reckt, dann war die Sputnik-Warnung vielleicht eher ein Segen denn ein Fluch; aber wir wissen, dass Amerikas Leichtfertigkeit undlässigkeit jahrelang zu weit gegangen war, und dass der aufgewachte Riese, um im Bilde zu bleiben, jetzt eilig zu demonstrieren hat, dass ihm seine Riesenkräfte immer noch geblieben sind.

Zusammenfassend wird man sagen dürfen, dass die Sputnik-Krise und alles, was ihr folgte und was mit ihr zusammenhängt, das hervorstechendste Einzelereignis des Jahres war - was freilich kein Grund sein darf, andere Geschehnisse des Jahres, wie etwa die schon aufgeführten Dinge, der Innen- und Außenpolitik, zu vernachlässigen. Da es gehört auch noch ein Blick zur die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft im Berichtsjahre, die ebenfalls ein wenig beunruhigende Wendungen genommen hat.

Abklingen der Hochkonjunktur

Die Hochkonjunktur der letzten zwei Jahre, die mit ihrem einhaltenden Inflationsdruck Formen annehmen hatte, die zum Schluss keineswegs sehr allgemein begrüßt wurden, hat Mitte des Jahres aufgehört. Etwa im Juli sackte plötzlich und scheinbar unerklärlich die New-Yorker Effektenbörse rapide ab (und hat sich seither noch nicht wieder erholt), und wenig später begannen sich auch die Indizes der industriellen Produktion zu senken. Die Warenvorräte im Einzelhandel nahmen zu, die Profite und Dividenden der großen Firmen sanken sich und endlich be-

17. Dezember 1957

gann auch die bis dahin minimale Arbeitsloseniffer ein wenig, wenn auch noch nicht besorgniserregend, zu steigen. Seither haben sich alle diese Depressionssignale verstärkt, ohne dass doch im Preisgefüge ein nennenswerter Einbruch entstanden wäre: amerikanische Preise sind heute mehrheitlich künstlich formiert und nicht auf dem freien Markt herausbalanciert und daher widerstandsfähiger gegen Depressionen und Deflationen.

Besorgt - aber nicht verzweifelt

Zweifellos wäre heute die Lage noch schlimmer, wenn nicht rechtzeitig das Zentralgeldinstitut, das "Federal Reserve Board", seine Zinssätze, die lange wegen der Inflationstendenzen künstlich hoch gehalten worden waren, ein wenig gesenkt hätte. Dadurch hat sich der Geldmarkt erleichtert, und Fachleute prophezeien heute, dass zwar eine Rückkehr zur Überkonjunktur der Jahre 1955/56 vorläufig nicht zu erwarten sei, aber auch eine echte Wirtschaftskatastrophe in den Dimensionen einer wirklichen Depression nicht befürchtet werden müsse. Nennenswerte An- und Abwertungserscheinungen fehlen zwar heute noch ganz, und auch das Weihnachtsgeschäft war, soweit sich bisher sehen lässt, mässig; aber von einer Panikstimmung ist nichts zu spüren und das Volk scheint mehrheitlich damit zu rechnen, dass sich das jetzige Mittelniveau einige Monate lang halten lassen und dann, etwa Mitte 1958, eine natürliche Wiederbelebung der Wirtschaft eintreten wird. Und mit dieser Perspektive geht Amerika, besorgt und ernst aber nicht verzweifelt, in das neue Jahr.

+ - +

Sorgen um die Flüchtlinge

K.J. Quälend ist diese Frage: Wird es den Zonenrechtshabern jetzt gelingen, den Flüchtlingsstrom tatsächlich einzudämmen und so aus Mitteleuropa immer mehr ein einziges grosses Gefängnis zu machen? Es gibt heute noch keine Antwort darauf, man wird sie erst in einigen Wochen wissen. Vorläufig hält der Flüchtlingsstrom unvermindert an. Die Mitteleuropäer haben sich durch die vor undete Straffbarkeit der "Republikflucht" bisher nicht schrecken lassen. Schon über lässt Pankow durchblicken, dass es auch die Reisen nach Berlin genehmigungspflichtig machen möchte: Am Fahrkartenschalter der Zonenbahnhalte sollen künftig die Berlinreisenden gefragt werden, ob sie eine Genehmigung für Westberlin haben und auch die Zugkontrollen werden sich dafür interessieren.

Notaufnahme - gestern und heute

Es gibt einen Lichtblick im Dunkel unserer Sorgen: Die in Westberlin eintraffenden Flüchtlinge werden seit einigen Wochen erfreulich schnell durch das Aufnahmeverfahren geschleust und in die Bundesrepublik ausgeflogen. Geradezu sensationell wirkt diese Zahl: Von 23 682 Flüchtlingen, die im November in den westberliner und westdeutschen Lagern ihre Notaufnahme beantragten, wurden nur 65 abgelehnt - das sind 0,2 Prozent. Früher sah es anders aus. Im vergangenen Jahr lag die Zahl der Abgelehnten bei 12,1 Prozent, zwischen 1949 und 1951 waren es sogar 62,9 Prozent (!), weit mehr also als die Hälfte aller Flüchtlinge.

Ablehnung im Notaufnahmeverfahren bedeutet nicht Zurückgeschicktwerden, aber es verweist der Flüchtling völlig auf seine eigene Initiative, ein Dach über dem Kopf zu bekommen, Arbeit zu finden, überhaupt kamen die "Abgelehnten" jahrelang nicht aus Westberlin heraus. Es gab die Aufnahme wegen "besonderer Zwangslage" und die aus "Ermessungsgründen". War der Aufnahmeausschuss dagegen, begann für den Flüchtling die zermürbende Jagd über die Beschwerdeinstanz bis zum Gericht. In einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Jahre 1954 wurde schliesslich klar herausgestellt, dass jeder Flüchtling aufgrund der in unserer Verfassung verankerten Freizügigkeit aufgenommen werden muss, wenn er arbeitsfähig ist. Erst mussten die Flüchtlinge eine "ausreichende Lebensgrundlage" glaubhaft machen - dann sagten die Juristen, der Staat müsse ihr Fehlen nachweisen, der Flüchtling habe das gar nicht nötig.

Ursprünglich war das Notaufnahmegesetz (NAG) dazu gedacht, den Flüchtlingsstrom zu bremsen, zu regulieren, echten politisch Verfolgten bessere Startbedingungen zu geben. Ein hoffnungsloses Unterfangen! Von Jahr zu Jahr schwoll der Flüchtlingsstrom immer mehr an. Von Jahr zu Jahr nahm die Zahl der "Abgelehnten" ab. Die Beschwerdeausschüsse in den Lagern resignierten vor Fall zu Fall mehr und revidierten negative Urteile der ersten Instanz.

Die Wirklichkeit, das Leben selbst hat das NAG getötet - formal aber existiert es noch. Die Bundestagsmehrheit hat es noch nicht für nötig gehalten, den alten ebenso unnützen wie unschönen Zopf abzuschneiden und an die Stelle des Notaufnahmeverfahrens eine Registrierung und Verteilung zu setzen, zumal die Anerkennung des Flüchtlings durch die Länderbehörden - das G-Ausweis-Verfahren - davon völlig unberührt bleibt. Vor einem guten Jahr, am 4. Dezember 1956, hat die SPD im Bundestag einen Entwurf zur Änderung des Notaufnahmegesetzes eingebracht: Er ging in die Ausschüsse und kam da nicht wieder heraus. Die Doppelgleisigkeit von Aufnahme- und Anerkennungsverfahren stellt weiter durch die Amtsstuben und füllt die Aktenschranke..

Lästige "Seelenfözung"

Die Flüchtlinge können nicht begreifen, warum man sie immer noch durch die sterile Aufnahmemaschinerie zerrt. Praktisch haben die Notaufnahmelager heute sowieso nur noch eine Verteilerfunktion zu erfüllen und stellen so eigentlich im wesentlichen das dar, was die SPD mit ihrem Änderungsantrag wollte. Auch die wegen "ausreichender Lebensgrundlage" aufgenommenen werden jetzt "verteilt" und nicht mehr ins Ungewisse losgeschickt. Geschlossen aber sind die Verhöre bei den Aufnahmeausschüssen, die der Flüchtling "Seelenfözung" nennt. Als ob die notwendige Überprüfung nicht auf die ohnehin im Lager eingeschaltete Kriminalpolizeidienststelle beschränkt werden könnte! Die 65 Abgelehnten vom November, die keine Aufenthaltserlaubnis bekamen, wären auch an der kriminalpolizeilichen Ermittlung gescheitert, dazu bedarf es nicht kostspieliger Ausschussapparate.

Und was noch schlimmer ist: Muss der Flüchtling unbedingt weiter die im Lager anwesenden Dienststellen der ausländischen Sicherheitsdienste durchlaufen? Seit einiger Zeit wird zwar in Gießen und Ulzen - den beiden westdeutschen Notaufnahmelagern - den Flüchtlingen "anheingestellt", diese Dienststellen aufzusuchen. Ganz natürlich aber glauben die meisten im Interesse der schnellen Abwicklung ihres "Falls", sie nicht auslassen zu sollen. Und wie man weiss, mit gutem Grund.

Pankow begründet seine neuen Gesetze gegen die "Republikflucht" nicht zuletzt mit dem Argument, die Flüchtlinge würden hier zu Spionagezwecken ausgenutzt. Nun, die Zonenregierung würde das auch sagen, wenn es diese Abwehrstellen der Westmächte in den Lagern nicht gäbe. Aber die Ausfragung durch Ausländer stellt für die Flüchtlinge oft eine so grosse psychologische Belastung dar, dass diese Praxis nicht länger verantwortet werden kann. Wenn ein Mitteldeutscher seit zwölf Jahren von der Zonenpropaganda mit Spionage- und Agentenkomplexen traktiert worden ist, dann schleicht sich bei ihm leicht ein echtes Schuldgefühl ein. Er wird sich freilich in seltenen Fällen als "Verräter" und gesinnungsloser Überläufer empfinden - angenehm aber ist das Ausgefragtwerden von dieser Seite niemandem. Daran, ob sich das ändert oder nicht ändert, wird man den Grad der bundesdeutschen Souveränität ablesen können.

Aus der Notaufnahme ein Registrierungsverfahren machen, ohne kostspielige Ausschüsse und inquisitorische Durchleuchtungen - darauf kommt es jetzt an. Der mit hohen Strafen bedrohte Flüchtende, der zu uns kommt, weil es drüben nicht mehr atmen konnte, verdient unsere Rücksichtnahme in jeder Hinsicht.

+ + +

Kartellamt

Vor einiger Zeit hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion in einer kleinen Anfrage von der Bundesregierung wissen wollen, ob das Bundeskartellamt tatsächlich, wie geplant, am 2. Januar 1958 seine Tätigkeit aufnehmen kann. Der Bundeswirtschaftsminister hat daraufhin eine zusagehafte Antwort gegeben. In der Zwischenzeit wird in Bonn aber davon gesprochen, dass doch Schwierigkeiten auftreten, da die Wirtschaft gegen den vorgesehenen Leiter des Bundeskartellamtes Bedenken erheben habe, da er "einen zu harten Anti-Kartellkurs" verfolge.

Diese Meldungen haben in zuständigen Kreisen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion grosses Befremden ausgelöst. Es sei auf keinen Fall anzügig, dass "Wirtschaftskreise" in dieser Weise Einfluss auf die Personalpolitik nehmen. Jeder Leiter dieser Behörde habe nach dem Gesetz und sonst nichts anderem zu verfahren. Vor allem vermisse man eine scharfe Distanzierung der Bundesregierung von diesen Einflüssen.

Die SPD-Fraktion würde darüber hinaus scharfen Protest erheben, wenn an dieser "Personal-Schwierigkeit" die Arbeitsaufnahme des Bundeskartellamtes scheitern und damit die Zusage des Bundeswirtschaftsministers nicht eingehalten werden würde.

+ + +

- 7 -

Eine unverantwortliche Rede

sp- Der frühere Bundesfinanzminister und jetzige Bundesjustizminister Fritz Schäffer ist kein Freund der Wiedergutmachung. Daraus hat er nie Hehl gemacht. Wiederholt liess er seinen Unmut darüber freien Lauf. Seine letzte Rede über die Wiedergutmachung darf jedoch nicht unwidersprochen bleiben. Sie ist eine Provokation. Sie schlägt jedem Deutschen ins Gesicht, der es als eine Pflicht des ganzen deutschen Volkes betrachtet, an den überlebenden Opfern gutzumachen, was einst das Dritte Reich an ihnen verbrach.

Bundesjustizminister Fritz Schäffer jongliert mit Zahlen, die vor der Wirklichkeit nicht bestehen können und die vom Bundesfinanzministerium selbst bestritten werden. In der Höhe der Wiedergutmachungsleistungen sieht er eine Gefahr für die Währung. Sie müssen nach Schäffer zwangsweise zu einer Entwertung der D-Mark führen. Dies sagte er auf einer Veranstaltung der niederbayrischen OSU, ohne dabei zu erröten. Der Sinn dieser aufreizenden Bemerkung dieses Mannes, der nun für die Wahrung von Recht und Gesetz als Justizminister die letzte Verantwortung trägt, ist eindeutig. Mit dem Hinweis auf eine angebliche inflationistische Wirkung der Wiedergutmachungsleistungen soll die deutsche Öffentlichkeit auf drastische Kürzungen dieser vom Bundestag zum Gesetz erhobenen Verpflichtungen psychologisch vorbereitet werden. Diejenigen, die im Dritten Reich verfolgt und getreten wurden, die in den Konzentrationslagern unsäglichen Qualen ausgesetzt waren und die Angehörigen jener, denen der Ernährer erschlagen oder hingerichtet wurde, sollen nochmals die ersten Opfer einer verderblichen Politik werden. Aus der Rüstungspolitik der gegenwärtigen Bundesregierung drohen wohl der Währung keine Gefahren? Die vorgesehenen und die noch zu erwartenden Rüstungsausgaben stehen in keinem Verhältnis zu den Leistungen für die Wiedergutmachung. Das weiss auch Herr Schäffer. Trotzdem gibt er sich dazu her, Ressentiments aufzupeitschen, von denen auch er wissen müsste, dass sie dem deutschen Volk zur Schande gereichen.

Das Gesetz über die Wiedergutmachung ist seinerzeit mit Mehrheit vom Bundestag verabschiedet worden, freilich nicht mit allen Stimmen der Regierungsparteien. Trotzdem konnte auf internationaler Ebene die Bundesregierung dieses Gesetz als einen Beweis dafür anführen, dass das "neue Deutschland" ernsthaft gewillt ist, die Erbschaft einer düsteren Vergangenheit zu liquidieren. Dieses Gesetz und die daraus resultierenden Verpflichtungen waren eine Visitenkarte zum Einritt in den Kreis freier Völker. Diese Visitenkarte hat durch die Rede eines Bundesministers schmutzige Flecken bekommen. Was Schäffer sagte, ist nicht geeignet, den deutschen Menschen in der Welt neue Geltung zu verschaffen. Diese Rede muss gerade die besten Freunde des deutschen Volkes in der Welt enttäuschen und ein Misstrauen neu entflammen, von dem man glaubte, es sei endgültig überwunden. Einige Länder, wie Norwegen, Dänemark, Belgien, Niederlande usw., die unter der Besetzung des Dritten Reiches schwer zu leiden hatten, haben auf ihre Forderungen nach Wiedergutmachung noch keine Antwort erhalten. Soll Schäffers Ausspruch die Antwort darauf sein?

Hetze gegen Herbert Wehner

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Dr. Richard Jaeger, hat mehrfach den Beweis geliefert, dass er eine polemische Feder zu führen versteht. Dabei ist es sein unumstrittenes Recht, seine politischen Auffassungen darzutun und mit politischen Widersachern die Klänge zu kreuzen. Dieses Recht der freien Meinungsäußerung wird aber schändlich missbraucht, wenn zu Mitteln der Diffamierung und Beleidigung gegriffen wird. Vor einigen Wochen fällt Dr. Jaeger über die in Bayern gewählten sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten ein Pauschalurteil, das dazu angetan war, die bayrische Sozialdemokratie in den Augen der Öffentlichkeit herabzuwürdigen. Jetzt hat er sich erneut zum alleinigen Richter über Gut und Böse in der Politik erkoren und in einem Artikel, den eine Münchner Zeitung unter dem Titel "Die Stimme der CSU" veröffentlichte, den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, auf das Uebelste verleumdete.

Die demokratische Mehrheitsentscheidung des Parlaments und seiner eigenen Fraktion achtilos beiseiteschiebend, bezeichnete er die Wahl Herbert Wehners zum Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen als "eine Gefahr, die unseren Volke droht". Die Wiedervereinigungspolitik sei damit einem "orthodoxen Marxisten" ausgeliefert worden, der "bereit ist, nicht nur die sogenannten sozialistischen Errungenschaften der Ostzone dort zu erhalten, sondern sie im Falle der Wiedervereinigung sogar auf Gesamtdeutschland zu übertragen". Aber nicht genug damit. Ja seine "Beweisführung" lückenlos erscheinen zu lassen, versteigt sich dieser Exponent "christlicher" Politik zu der ungeheuerlichen unwahren Behauptung, Herbert Wehner habe die sowjetische Intervention in Ungarn gutgeheissen.

Dr. Richard Jaeger hat sich in der Vergangenheit öfters zu Äusserungen hinreissen lassen, die weder für seine demokratische Gesinnung noch für seine Wahrheitsliebe Zeugnis ablegen. Manchmal neigte man dazu, sie nicht allzu ernst zu nehmen. Aber auch der Karrenfreiheit in der Politik sind Grenzen gezogen. Sie hrt dort auf, wo eine politische Auseinandersetzung auf dem sumpfigen Boden der Verleumdungen ausgefochten und der Ruf eines Mannes besudelt wird, dessen Integrität und einwandfreie demokratische Gesinnung auch von Parteifreunden Dr. Jaegers anerkannt ist. Die Methode, Herbert Wehner als politischen Rinderschreck zu präsentieren, ist nicht neu und daher auch nicht sonderlich originell. Auf die Dauer ist jedoch die Art und Weise, in der das geschieht, unerträglich, für ihn, für die SPD und nicht zuletzt auch für die Demokratie schlechthin.

+ + +

Berichtigung: "Mit offenen Karten"

Durch ein Versehen ist ein Satz des in der Ausgabe P/XII/287 vom 16. Dezember 1957 erschienenen Artikels "Mit offenen Karten" unrichtig wiedergegeben worden. Er muss heissen: "Ernsthaft wird aber auch niemand annehmen, dass man in Unternehmerkreisen aus reiner Menschenfreundlichkeit, nur um dem Fernsehzuschauer die Freude eines zweiten Programms zu machen, ein Projekt starten will, das schon mehr als 20 Millionen DM gekostet haben wird, bevor noch die erste Sendung auf den Bildschirmen erscheint."

+ + +

Verantwortlich: I.A. Albert Exler